

Sudan: mögliche österreichische Beiträge zur gesellschaftlichen Entwicklung

Höll, Otmar

Veröffentlichungsversion / Published Version
Stellungnahme / comment

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Höll, O. (2010). *Sudan: mögliche österreichische Beiträge zur gesellschaftlichen Entwicklung*. (Policy Paper / Österreichisches Institut für Internationale Politik). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-419855>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Policy Paper:
Sudan – Mögliche österreichische Beiträge
zur gesellschaftlichen Entwicklung

September 2010

Otmar Höll

Prof. Dr. Otmar Höll
Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip
Berggasse 7, 1090 Wien
Tel. +43 1 581 11 06/
Email: otmar.hoell@oiip.ac.at

1. Gegenwärtige Lage

Die Konflikte im Sudan zählen angesichts einer außergewöhnlich langen Dauer von mehr als einem halben Jahrhundert immer wieder aufflammender gewaltsamer Kämpfe und katastrophaler Folgen für die Menschen und das Land ohne Zweifel zu den schwersten kriegesischen Auseinandersetzungen und damit humanitären Tragödien der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die gewaltsamen Konflikte haben sich bis zum Abschluss des CPA (Comprehensive Peace Agreement - 2005) fortgesetzt und bis heute ist die Situation, nicht zuletzt durch das bevorstehende Unabhängigkeitsreferendum am 9. Januar 2011 im Süden, instabil. Wie immer das Referendum ausgehen wird - allgemein wird mit einer Abspaltung des Südens vom Norden gerechnet - benötigt v. a. der Süden, aber auch der Norden, den Support durch die internationale Gemeinschaft.

Aufgrund der Gespräche mit hochrangigen Politikern und Politikerinnen des Norden und Südens, aber auch mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft, die wir (Gruppe um BM a. D. Fasslabend und andere) im Rahmen unserer Sudan-Reise im Dezember 2009 führen konnten, hat sich der Eindruck erhärtet, dass die Regierung in Khartoum und jener Teil der Opposition, der sich an den Wahlen im April 10 beteiligte, an einer Transformation des Staates zu einem moderat-modernen, ins internationale System integrierten tatsächlich festhalten wird, gleichgültig, wie das Referendum vom Jänner 2011 ausgehen wird. Die Zentralregierung in Khartoum scheint in ihrer überwiegenden Mehrheit bereit zu sein, jedes Ergebnis zu akzeptieren. Überraschend und erfreulich war übrigens der Eindruck, den wir von den Parteien gewannen, die beabsichtigten, sich den Wahlen im April 2010 zu stellen und deren VertreterInnen in den Gesprächen mit uns durchgehend die Meinung vertraten, dass die Wahlen fair ablaufen würden und sie sich gute Chancen auf ein angemessenes Ergebnis für ihre Partei ausrechneten.

Diese sicherlich erfreulichen Einschätzungen schließen aber mögliche Unruhen und Gewaltaktionen nach einem – wie zu erwarten ist – positiven Ausgang des Referendums nicht aus. Allerdings wäre es auch, wie manche ExpertInnen meinen, möglich, dass trotz eines Abstimmungsergebnisses **für** eine Abspaltung diese nicht sofort umgesetzt würde, sondern erneute Verhandlungen zwischen dem Süden und Norden stattfinden könnten mit dem Ziel, die Bedingungen des CPA zu verändern.

Die gegenwärtige Lage im Sudan stellt sich weiter als hochkomplex konflikthaft und als große Herausforderung für die politischen Kräfte im Lande selbst und für die internationale Gemeinschaft dar. Es ist offensichtlich, dass mit den Wahlen vom April ds. Js. und spätestens mit dem Unabhängigkeitsreferendum im Jahr 2011 strukturelle Veränderungen eintreten werden, auf die alle internen Akteure – und v. a. die des Südens - derzeit nur

ungenügend vorbereitet sind. Der Sudan weist nach den Wahlen vom April ein etwas verändertes politisches Profil auf, dessen genaue Konturen (Regierung, Parlament etc.) bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt von Europa aus noch nicht wirklich eingeschätzt werden können.

Wie sich die mittel- und längerfristige Zukunft des Sudan gestalten wird, ist auch weiterhin Gegenstand vielfältiger Diskussion, Szenarienbildung und – vielfältiger Spekulationen. Die meisten Projektionen für die Zukunft gehen davon aus, dass das Referendum eine Abspaltung des Südens ergeben und die wahrscheinliche Folge (selbst bei einem Fortbestand der „Einheit“ des Sudan) eine Fortsetzung von Gewaltkonflikten unterschiedlicher Intensität sein wird. Jedenfalls würden die Auswirkungen von unkontrollierbaren gewaltsamen Konflikten den ohnehin instabilen „weichen Bauch Afrikas“, das heißt die ganze mittelafrikanische und nord-ostafrikanische Region in zusätzliche unabsehbare Bedrängnis bringen.

Aber auch im Falle eines Verbleibs des Südens in einem integrierten Gesamtstaat –meiner Meinung nach der bestmögliche Ausgang für alle Beteiligten, einschließlich der internationalen Gemeinschaft – sind die Herausforderungen in Süd- wie Nordsudan und für die internationale Gemeinschaft sowie für die sudanesishe Politik enorm. Allein der Aufbau einer rudimentär funktionierenden Infrastruktur im Süden ist realistischer Weise im Bereich von Jahrzehnten anzusetzen, der Aufbau funktionierender Kapazitäten in der Güterversorgung – sei es auf organisatorischer, sei es auf politischer Ebene – würde angesichts der praktisch nahezu nicht existenten Aus- und Bildungsstruktur vermutlich noch längere Zeit benötigen.

Im Falle einer Abspaltung des Südens wird das hauptsächliche Problem auf grundsätzlicher Ebene für alle im Südsudan engagierten Akteure – lokale, regionale und internationale – das ungeklärte Verhältnis zur Frage von Staatlichkeit und deren Ausgestaltung sein. Zwar war von den internationalen Beobachter/innen mehr oder minder unverblümt die Befürchtung zu hören, dass sich der Südsudan im Falle einer Unabhängigkeit unmittelbar zu einem „*failed state*“ entwickeln könnte, doch bedenkt diese Einschätzung nicht, dass in den überwiegenden Teilen des Territoriums überhaupt niemals eine Form von unserer Art und unserem Verständnis von Staatlichkeit bestanden hat, die nun scheitern könnte. Vielmehr müsste also von einem Fortbestand einer fragilen Situation in einem Kontext weitgehend nicht oder nur rudimentär vorhandener Staatlichkeit, insbesondere für den Süden, ausgegangen werden.

Internationale Unterstützung wird für den Sudan weiter notwendig bleiben, wobei diese Unterstützung mit einiger Wahrscheinlichkeit in einem zunehmend instabilen Umfeld erfolgen müssen. Die Präsenz einer bewaffneten UN-Mission auch über das Jahr 2011

hinaus scheint daher unabdingbar, damit angesichts einer zu erwartenden weiteren strukturellen Schwächung der politischen Strukturen durch sich verschärfende interne Konflikte entlang ethno-politischer, tribaler oder religiöser Orientierungen eine weitere Eskalation vermieden werden kann. Dennoch könnten kleine, gesellschaftlich und wirtschaftlich entwickelte Staaten wie Österreich, die im Sudan hohes Ansehen und Vertrauen genießen, wertvolle, wenn auch bescheidene Beiträge leisten. Es kann in der Zwischenzeit auch davon ausgegangen werden, dass die seit etwas mehr als zwei Jahre bestehenden Aktivitäten der „österreichischen Delegation“ um BM a.D. Werner Fasslabend im Sudan und darüber hinaus wahrgenommen und als Beitrag zu einer friedlichen Entwicklung über das Referendum hinaus geschätzt werden.

2. Mögliche Bereiche des Supports durch Österreich:

Es ist davon auszugehen, dass etwaige österreichische Beiträge nicht im Bereich von direktem militärischen Engagement erfolgen werden/können. Dagegen könnten Beiträge v. a. im Bereich von „smarten“ Kapazitätsbildungsmaßnahmen sinnvoll sein. Wie im Punkt 1. dargelegt, fehlt es sowohl im Norden, aber v. a. im Süden an Infrastruktur und auch an grundlegenden Ausbildungsmaßnahmen im allgemein politischen bis zum sicherheitspolitischen Bereich. Hier sollte/könnte österreichisches Engagement auch bei relativ geringem Kosteneinsatz relativ starke und nachhaltige Wirkung zeitigen. Dazu einige Vorschläge:

Ausbildungs- und Kontaktseminare für PolitikerInnen, Beamte und ParteienvertreterInnen:

- In den letzten Monaten sind neue Bundes- und Landesregierungen gebildet worden und es besteht ein großer Bedarf, v. a. die Senior Staffs zu trainieren.
- Besonders im politischen Bereich gibt es einen großen Bedarf. Denn es gibt viele ParlamentarierInnen und politische Funktionäre ohne rechtlichen, politischen oder akademischen Hintergrund. Es gibt neben dem Nationalrat fünfzehn Landesparlamente im Norden und elf im Süden.
- Im diplomatischen Dienst werden junge – daher aber meist unerfahrene - Beamte benötigt. In Kooperation mit dem BMeiA und der Diplomatischen Akademie könnte eine Bildungsstätte für DiplomatinInnen in Khartoum gegründet werden. Die Bildungsstätte könnte später auch für DiplomatinInnen aus der ganzen Region geöffnet werden.

- Auch im Bereich des bereits bestehenden DDR-Programms im gesamten Sudan ist es notwendig Trainings anzubieten, wie der NSDDR-Commissioner Dr. Tahir Solafelding beim DDR-Roundtable im BMeiA am 25. Juni aufgezeigt hat.
- Die Zivilgesellschaft im Sudan und ihr organisierter Teil, die nationalen NGOs, sind nur schlecht organisiert, weil ihnen finanzielle Mittel und Know-how fehlen. Da es relativ viele politisch aktive Personen gibt, könnten diese NGOs eine wichtige Rolle im Aufbau und in der Stabilitäts- und Friedenssicherung des Landes spielen. Auch hier ist ein großer Bedarf an Training abzudecken, wie z.B. in den Bereichen von Projekt- und Konfliktmanagement, Mediation und Versöhnungsmethoden, der Bürger- und Menschenrechte, Demokratisierung, Anti-Korruption, Rechtsstaat, Frühwarnung, Protection of Civilians, DDR, Humanitäre Hilfe, IDPPs, Flüchtlinge, usw.

3. Fazit

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Fülle der anstehenden Aufgaben im Südsudan enorm ist und - selbst im Rahmen eines optimalen Umfeldes und einer gut funktionierenden Implementierung - die zusammengefassten Möglichkeiten der internationalen Gemeinschaft und des GoSS bei weitem übersteigt. In diesem Umfeld bis zum Stichtag Januar 2011 eine auch nur annähernd funktionierende Regierungs- und Verwaltungsstruktur zu etablieren ist kaum möglich. Das nahezu allgegenwärtige Problem der Korruption ist dabei kaum als kurz- oder mittelfristig eindämmbar zu betrachten. Es existiert im Lande nach den langen Jahren des Krieges kein Verständnis für und keine Tradition von öffentlicher Verwaltung. Das Fehlen jeglicher Infrastruktur in weiten Teilen des Landes führt zudem zu stark überhöhten Kosten und macht funktionierende Kontrollmechanismen faktisch unmöglich.

Dementsprechend überschneiden sich Aufgaben von kurzfristiger Krisenbewältigung – auf rein humanitärer, aber auch konfliktpräventiver Ebene – mit langfristig orientierten Entwicklungsschritten permanent, was oftmals zu Doppelgleisigkeiten und Überschneidungen führt.

Als Fazit ist davon auszugehen, dass eine Zuspitzung der Situation vor, im Verlauf und nach dem Unabhängigkeitsreferendum als wahrscheinlich angenommen werden muss. Die internationale Unterstützung wird v. a. für den Südsudan überlebensnotwendig bleiben, wobei diese Unterstützung in einem zunehmend riskanten Umfeld erfolgen müssen. Österreich könnte mit Unterstützungsmaßnahmen, die v.a. im Bereich von Ausbildung, Kapazitätsbildung i.w.S. und Supervision angesiedelt sind und die mit PartnerInnen vor Ort wie etwa dem neu gegründeten Salam-Zentrum in Karthoum durchgeführt werden könnten, einen bescheidenen aber erkennbaren Beitrag zu einer möglichst gewaltlosen Entwicklung leisten.